



Für mehr Frauen in der Politik

... und wie wir dieses Ziel erreichen

**Für mehr Frauen
in der Politik**
... und wie wir dieses Ziel erreichen

eurac
research



Zitierempfehlung:

Beirat für Chancengleichheit & Frauenbüro der
Autonomen Provinz Bozen–Südtirol/Eurac Research,
Für mehr Frauen in der Politik ... und wie wir dieses Ziel
erreichen, Bozen (Italien), 2022

Eurac Research

Institut für Public Management
Drususallee 1
39100 Bozen
T +39 0471 055 400
public.management@eurac.edu
www.eurac.edu

ISBN 978-88-98857-74-6

Herausgeber: Beirat für Chancengleichheit & Frauenbüro
der Autonomen Provinz Bozen–Südtirol
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Public
Management, Eurac Research Bozen (Italien)

Grafik: Eurac Research

Illustrationen: Oscar Diodoro

Druckvorstufe: Pluristamp, Brixen (BZ)

Fotos: 5: Mit freundlicher Genehmigung von Ulrike
Oberhammer, 6: Adobe Stock, 11: Adobe Stock, 14: Adobe
Stock, 18: Adobe Stock, 38: Mit freundlicher Genehmigung
von Ulrike Oberhammer

© Eurac Research, 2022



Diese Publikation wird unter einer Creative Commons
Attribution 4.0 International License
(<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) verbreitet,
die die Wiederverwendung, gemeinsame Nutzung,
Änderung, Verbreitung und Reproduktion in jedem
Medium oder Format erlaubt, vorausgesetzt, dass die
Urheberschaft ordnungsgemäß anerkannt wird, ein Link
zur Creative Commons-Lizenz angegeben wird und ein
Hinweis darauf gegeben wird, ob Änderungen
vorgenommen wurden.

Inhalt

Vorwort	5
Warum es mehr Frauen in der Gemeindepolitik braucht	6
Wie weiblich die Gemeindepolitik in Südtirol ist	7
Welche Auswirkungen Wahlgesetze und Quotenregelungen auf das politische Engagement von Frauen haben	11
Welche Motivation Politikerinnen für den Einstieg in die Gemeindepolitik haben und welche Hürden sie sehen	14
Wie die Wählerinnen und Wähler ticken	18
Welche Maßnahmen die weibliche Präsenz in der Gemeindepolitik verstärken können	24
Handlungsfeld 1: Maßnahmen im politischen und im vorpolitischen Raum	25
Handlungsfeld 2: Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt.....	29
Handlungsfeld 3: Maßnahmen zur Schaffung institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen	32
Handlungsfeld 4: Maßnahmen zur Vernetzung der Frauen untereinander und Medienarbeit	35
Statements	38

Vorwort

Frau Macht Politik! Die Lage der Frauen in der Politik wie auch die Frauenpolitik ist von einer Reihe von Herausforderungen geprägt. Frauen sollen deshalb unabhängig von ihrem Geschlecht die gleichen Beteiligungschancen erhalten und die Vielfalt unserer Gesellschaft im politischen Engagement widerspiegeln. In der Realität ist dies oft nicht der Fall. Insbesondere Frauen sind im politischen Engagement unterrepräsentiert, obwohl sie die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Wenn aber zahlenmäßig eine stärkere „Frauenpower“ vorhanden ist, können auch politische Themen, die eher die Lebensrealität von Frauen betreffen, einfacher auf die politische Agenda gesetzt werden.

Mehr Frauen in den politischen Gremien bedeutet aber auch, dass Frauen- und gleichstellungspolitische Fortschritte politisch durchsetzbarer werden und sich politische Entscheidungen verbessern. Nicht etwa, weil Frauen die „besseren Politikerinnen“ sind, sondern weil geschlechtergemischte Teamarbeit, wie zahlreiche Studien belegen, bessere Ergebnisse erzielen. Zeitgleich garantierten vielfältige Blickwinkel, dass die Politik die Interessen aller Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt und Frauen nicht nur mitgemeint sind.

Sie sind es, die vor der Herausforderung stehen tagtäglich viele unterschiedliche Aufgaben wie Beruf, Familie und Haushalt zu managen. Es müssen also auch die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich Frauen engagieren können. Hier sind wir alle gefragt: Parteien, Arbeitgeberverbände, Verwaltung, aber auch die Bevölkerung sowie das familiäre Umfeld können Frauen motivieren und unterstützen, politisch aktiv zu werden. Die Beteiligung von Frauen an der Politik ist eine Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, auch in Südtirol.



RA Dr.in Ulrike Oberhammer
*Präsidentin des Landesbeirates für Chancengleichheit
der Autonomen Provinz Bozen–Südtirol*



Warum es mehr Frauen in der Gemeindepolitik braucht

Frauen müssen sich politisch engagieren! Die Frage, weshalb das wichtig ist, stellt sich der eine oder die andere wohl öfters, zum Beispiel dann, wenn wieder einmal die Frauenquote thematisiert wird. Ist die Antwort etwa, dass Frauen die besseren Politikerinnen sind? Nein, es geht in dieser Diskussion keineswegs darum, ob eines der Geschlechter besser ist als das andere. Es geht um Chancengleichheit und Vielfalt – und in der Folge um ein gesteigertes Wohlergehen für die Allgemeinheit. Zudem sollte sich keine demokratische Gesellschaft auf Dauer damit zufriedengeben, dass die Hälfte ihrer Bevölkerung in den politischen Gremien nicht angemessen repräsentiert ist. Auch in der Gemeindepolitik, durch die Nähe zu Bürgerin und Bürger von hoher Wichtigkeit, ist die Mitarbeit beider Geschlechter unabdingbar.

In der Politik ist es deshalb, genauso wie in der Privatwirtschaft, notwendig, alle vorhandenen Potenziale und möglichen Synergien auszuschöpfen. Gerade weil die „Frauen von heute“ nicht nur sogenannte typisch weibliche Eigenschaften vorzuweisen haben, sondern ebenso auf Fachkenntnisse sowie Berufs- und Lebenserfahrung zurückgreifen können. Dies alles bringen Frauen aus einem anderen Blickwinkel und mit einer anderen Sichtweise als Männer ein. Dadurch wird über verschiedene Themen ausführlicher und mit anderen Ansätzen diskutiert und schlussendlich werden bessere politische Entscheidungen für die Bewohnerschaft und für die Gemeinde getroffen. Kommunalpolitik betrifft nämlich unmittelbar das direkte Lebensumfeld und die Lebensqualität aller. Damit bedeutet Gemeindepolitik auch, verschiedene Lebensrealitäten zu berücksichtigen. Wie könnte das besser gelingen als mit geschlechtergerechter Teamarbeit in den zuständigen Gremien?

Doch warum sind Frauen in der Südtiroler Kommunalpolitik dennoch unterrepräsentiert? Was sagen die Mandatarinnen selbst dazu? Und wie sehen die Wählerinnen und Wähler die Rolle der Frau in der Gemeindepolitik?

Fragen, deren Antworten nicht offenbleiben dürfen, da sie helfen können, das Ziel zu erreichen, dass mehr Frauen in der Gemeindepolitik vertreten sind.

Dazu beitragen soll auch diese Publikation mit konkreten Handlungsempfehlungen an Akteurinnen und Akteure, Verwaltungen, Parteien, Organisationen, Unternehmen und die Bevölkerung im Allgemeinen – nicht nur für einen quantitativ höheren Frauenanteil, sondern für das qualitativ große Ganze: das Gemeinwohl aller!

Wie weiblich die Gemeindepolitik in Südtirol ist

Sowohl in der Südtiroler Landes- als auch in der Gemeindepolitik dominieren seit Jahrzehnten die Männer¹. Seit dem 10. März 1946 – an diesem Tag konnten sich Frauen in Italien erstmals aktiv und passiv an politischen Wahlen beteiligen – hat sich jedoch die Situation der Frauen in der Südtiroler Politik durchaus verändert.

Zwei Jahre später wurde Marcella Negri in Bozen als erste Frau in einen Südtiroler Gemeinderat gewählt. Fast ein halbes Jahrhundert darauf, im Jahr 1993, lag der Frauenanteil in den Gemeinderäten im Land aber bei lediglich neun Prozent. Erst die gesetzliche Verankerung der Listenquote und die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung haben dazu geführt, dass in den vergangenen Jahrzehnten der Frauenanteil stetig gestiegen ist. So hat sich die Zahl der weiblichen Gemeinderatsmitglieder zwischen 1995 und 2020 von 15 Prozent auf 26,2 Prozent erhöht. Das ist ein guter Fortschritt, könnte man nun denken. Ist es allerdings nicht, denn bei den jüngsten Wahlen ist der Frauenanteil nur mehr sehr langsam angestiegen.

Die Zahl der Bürgermeisterinnen hat sich im selben Zeitraum (1995–2020) von zwei auf 13 erhöht. Das scheint zwar ein beachtliches Wachstum zu sein; es bedeutet aber letztlich, dass bloß in einem von neun Rathäusern – bzw. in elf Prozent der 116 Südtiroler Gemeinden – eine Frau an der Spitze steht.

¹ Der gesamte Abschnitt basiert auf Analysen der amtlichen Wahlergebnisse der Gemeindewahlen 2020; (Details dazu in der noch nicht veröffentlichten Folgestudie der Eurac Research zum Thema „Frauen in der Gemeindepolitik“).

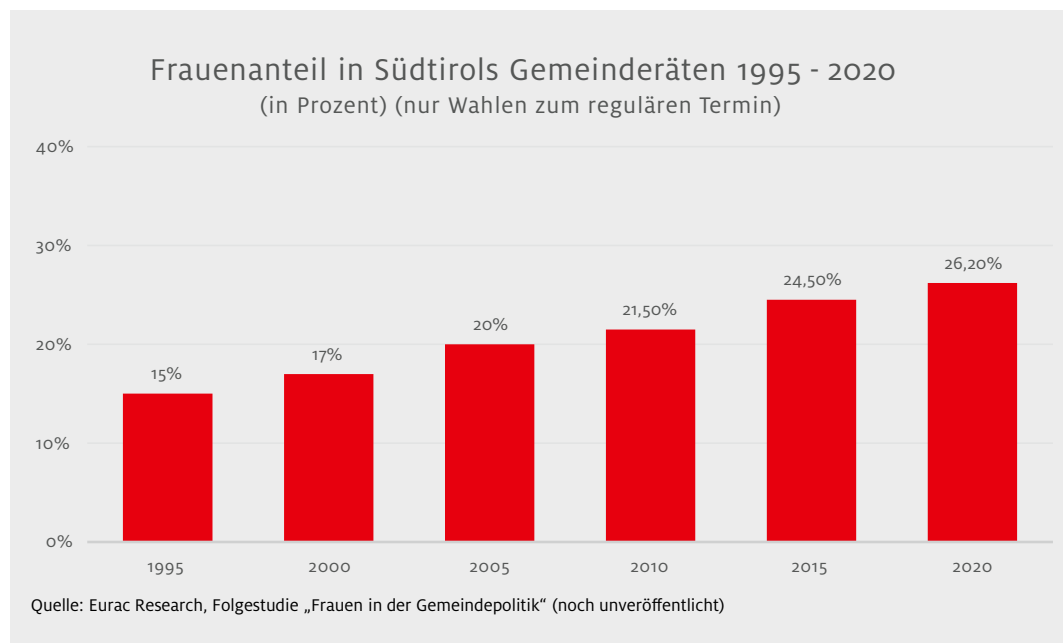


Abbildung 1: Frauenanteil in Südtirols Gemeinderäten

Im Vergleich dazu ein Blick auf die Entwicklung der Frauenquote im Südtiroler Landtag: 1993 waren dort fünf Frauen vertreten (14,7 Prozent). Zehn Jahre später wurden hingegen elf Frauen als Landtagsabgeordnete gewählt (31,4 Prozent). In den darauffolgenden Wahljahren 2008, 2013 und 2018 konnte dieses Ergebnis aber nicht mehr erreicht werden. Heute zählt der Landtag neun Mandatarinnen, das sind 25,7 Prozent der Abgeordneten.

Der Aufschwung auf Landesebene stagnierte also zuletzt. Somit liegt seit den jüngsten Gemeindewahlen 2020 der Frauenanteil in den Gemeinderäten erstmals leicht über jenem im Landtag. Eine paritätische Vertretung beider Geschlechter ist demnach weder in der Kommunal- noch in der Landespolitik in Sicht.

Unter den Wahlberechtigten dagegen bilden Frauen aus demografischen Gründen eine leichte Mehrheit. Sie beteiligten sich auch bei den Gemeindewahlen 2020 etwas häufiger als Männer; 51,2 Prozent der abgegebenen Stimmen stammten von Frauen.

Bei den Kandidatinnen und Kandidaten der jüngsten Gemeindewahlen fiel der Unterschied zwischen den Geschlechtern hingegen deutlicher aus. Hier lag der Frauenanteil trotz des gesetzlich vorgeschriebenen Drittels lediglich bei rund 31 Prozent. Auf die Frage, wie das möglich ist, wird später noch eingegangen ([> Seite 12](#)).

Bei den Anwärterinnen und Anwärtern für das Bürgermeisteramt war das Ungleichgewicht im Geschlechterverhältnis noch gravierender: In Gemeinden unter 15.000 Einwohnern² war 2020 nur ein gutes Fünftel der Kandidierenden Frauen, in den wenigen Großgemeinden war es genau ein Viertel.

² In 108 von 116 Südtiroler Gemeinden, da in Deutschnofen, Freienfeld und Sarntal vorzeitig (2019) gewählt wurde.

Wie viele Männer bzw. Frauen bei den Kommunalwahlen kandidierten, war je nach Gemeinde recht unterschiedlich. Wenig überraschend dürfte dabei aber sein, dass sich 2020 nirgendwo mehr Frauen als Männer bewarben. Altrei kann hierzu als Vorzeigegemeinde genannt werden: Dort stellten sich immerhin je zur Hälfte Frauen und Männer der Wahl. Die Gemeinden am anderen Ende der „Kandidatinnen-Rangliste“ (meist kleinere Landgemeinden) kommen auf einen Frauenanteil von höchstens einem Fünftel. Das Schlusslicht bildete Percha mit zwei Frauen unter 17 Kandidierenden (ca. 12 Prozent).

Ein Vergleich des Verhältnisses von kandidierenden Frauen und Männern nach Listenzugehörigkeit macht Unterschiede hinsichtlich politischer Orientierung der Liste deutlich. Es zeigt sich eine klare Linkstendenz: Je mehr eine Partei oder Liste als links einzustufen ist, desto höher ist der Anteil an Kandidatinnen.

Wie sieht es hingegen mit den Listenplätzen aus? Diese spiegeln in vielen Fällen das interne Machtgefüge der Parteien wider. Auf dem ersten Listenplatz standen bei den jüngsten Gemeindewahlen nur 75 Frauen (in den Gemeinden unter 15.000 Einwohnern). Das entspricht einem Anteil von 23,2 Prozent.

Da der erste Listenplatz meistens den Kandidierenden für das Bürgermeisteramt vorbehalten ist, haben Frauen wenig Chancen diesen einzunehmen, sofern sie sich nicht als Bürgermeisterinnen bewarben. Und das waren 2020 deutlich weniger Frauen als Männer.

Auf dem zweiten Listenplatz fanden sich in 33,8 Prozent der Fälle Frauen, auf dem dritten in 35,9 Prozent der Fälle. Das weibliche Angebot fällt infolgedessen auch auf den Spitzenpositionen deutlich geringer aus als das männliche.

Das führt direkt zur nächsten großen Hürde: dem Wahlerfolg der Kandidatinnen.

Dazu folgende Prämisse: Die Autonome Provinz Bozen ermöglicht den Wahlberechtigten die Vergabe von vier Vorzugsstimmen. Die Region Trentino-Südtirol sieht aber, im Gegensatz zur nationalen Gesetzgebung, keine „geschlechtergerechte doppelte Vorzugsstimme“ vor. Dies bedeutet, dass in den Regionen mit Normalstatut bei zwei vergebenen Vorzugsstimmen, mindestens eine an das andere Geschlecht fallen muss³.

Dazu kommt, dass in Südtirol die vier möglichen Vorzugsstimmen nicht genutzt werden. Bei den letzten Gemeindewahlen wurden durchschnittlich nur 1,92 Stimmen pro Wählenden vergeben. Von den insgesamt 518.668 Vorzugsstimmen entfielen 153.065 auf Kandidatinnen. Das sind 29,5 Prozent und somit anteilmäßig sogar weniger als die Listenpräsenz der Frauen von 31,2 Prozent.

Der tatsächliche Einzug in den Gemeinderat hängt aber nicht nur von den Vorzugsstimmen, sondern ebenso von den Listenstimmen ab. Die errechneten Erfolgchancen für die Männer lagen bei den jüngsten Gemeindewahlen bei 45,3 Prozent. Die Frauen mussten sich mit satten zehn Prozentpunkten weniger begnügen. Will heißen: Nur 35,3 Prozent der Kandidatinnen haben den Einzug in den Gemeinderat tatsächlich geschafft.

³ Siehe dazu **S. 12**.

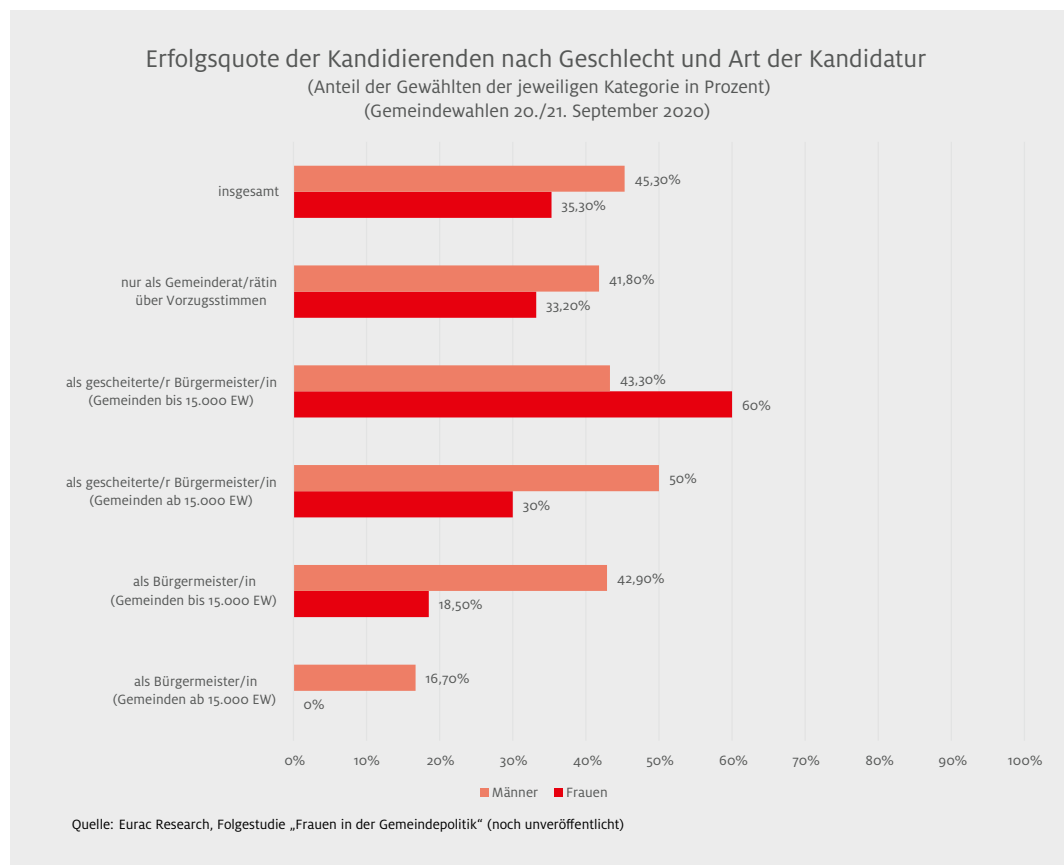


Abbildung 2: Erfolgsquote der Kandidierenden nach Geschlecht und Art der Kandidatur

Fazit: Die Erfolgschancen von Kandidatinnen sind zwar schlechter als jene von Kandidaten, aber der Unterschied ließe sich durch geeignete Maßnahmen wohl eliminieren.

Es wird zukünftig notwendig sein, die Voraussetzungen zu verbessern, damit genügend Kandidatinnen die Möglichkeit haben, sich politisch zu profilieren. Denn: Je mehr weibliches politisches Angebot besteht, desto größer ist der Stimmenerfolg der Frauen.

Zu den nötigen Voraussetzungen gehören unter anderem gesetzliche Rahmenbedingungen wie Wahlgesetze und Quotenregelungen. Darauf, wie vorteilhaft die geltenden für das weibliche Politikengagement sind, wird im folgenden Kapitel eingegangen.



Welche Auswirkungen Wahlgesetze und Quotenregelungen auf das politische Engagement von Frauen haben

Das Wahlverfahren, die Ordnung der politischen Gemeindeorgane sowie die damit verbundenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter unterliegen in Italien der nationalen Gesetzgebung. Ausnahmen bilden die autonomen Regionen – und somit auch die Autonome Provinz Bozen–Südtirol –, die die Kompetenz haben, den Bereich mit eigenen Gesetzen zu regeln.

Die zuvor genannte Quotenregelung, die genaugenommen als Listenquote verstanden wird, wird hierzulande durch den Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino–Südtirol geregelt⁴. Wie die nationale Gesetzgebung⁵ sieht auch das Regionalgesetz vor, dass keines der beiden Geschlechter mit mehr als zwei Drittel der Höchstzahl der Bewerberinnen und

⁴ Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino–Südtirol, Regionalgesetz vom 03. Mai 2018, Nr. 2 durch das Regionalgesetz vom 08. August 2018, Nr. 6 eingeführte Änderungen, Art. 240.

⁵ Testo Unico Enti Locali D.Lgs. n. 267/2000 aggiornato alle modifiche apportate dal D.L. n. 104/2020 convertito con modificazioni dalla L. n. 126/2020, art. 71, art. 73.

Bewerber auf den Kandidatenlisten vertreten sein darf. Dies gilt in der Region Trentino–Südtirol für alle Gemeinden. In den Regionen mit Normalstatut betrifft die Regelung Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern. In den Kleinstgemeinden ist hingegen die Vertretung beider Geschlechter auf den Listen ausreichend.

Wie bereits erwähnt, lag der Frauenanteil unter den Kandidierenden bei den jüngsten Gemeindewahlen in Südtirol unter einem Drittel. Wie kann das sein? Die Bestimmung des Regionalgesetzes zwingt die Listen nur dazu, mindestens eine Frau zu nominieren. Das Aufstellen weiterer Bewerberinnen kann umgangen werden, indem die maximal mögliche Zahl an Kandidierenden nicht ausgeschöpft wird.

Hierzu ein Beispiel: Der Rat einer Gemeinde mit 2.500 Einwohnern umfasst 15 Mitglieder. Jede Kandidatenliste darf demnach zwischen drei und 23 Personen umfassen ($15 \times 1,5 = 22,5$; es wird aufgerundet⁶), von denen mindestens eine weiblich sein muss. Daneben können aber bis zu 16 männliche Kandidaten auf der Liste stehen, unabhängig davon, wie viele der verbleibenden sechs Plätze für Frauen tatsächlich ausgeschöpft werden.

Die Auswirkungen dieser gesetzlichen Grauzone auf die Parteilisten sind, dass der Frauenanteil von einem Drittel oft nicht erreicht wird. Bei den Gemeindewahlen 2020 war das bei 51 Prozent der 323 kandidierenden Listen der Fall.

Auch in Sachen Vorzugsstimmen gibt es beim Wahlgesetz der Region Trentino–Südtirol einen Haken. Für die Wahl des Gemeinderates können in der Provinz Bozen bis zu vier Vorzugsstimmen an Kandidierende vergeben werden, egal welchen Geschlechts⁷. Die nationale Gesetzgebung Italiens spricht hingegen von der „geschlechtergerechten doppelten Vorzugsstimme“ bei Wahlen in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern⁸. Dies bedeutet, dass beispielsweise bei zwei möglichen vergebenen Stimmen, mindestens eine an das andere Geschlecht fallen muss. Diese Regelung gibt es in Südtirol und dem Trentino nicht, was möglicherweise zum Nachteil der Kandidatinnen ist.

⁶ „Keine Liste darf eine Anzahl von weniger als drei Kandidaten oder eine höhere als die um die Hälfte erhöhte Anzahl der Ratsmitglieder umfassen. Falls die Anzahl der Ratsmitglieder ungerade sein soll, wird die Höchstzahl der zu wählenden Kandidaten auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet“, Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino–Südtirol, Regionalgesetz vom 03. Mai 2018, Nr. 2 durch das Regionalgesetz vom 08. August 2018, Nr. 6 eingeführte Änderungen, Art. 238, Art. 239.

⁷ Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino–Südtirol, Regionalgesetz vom 03. Mai 2018, Nr. 2 durch das Regionalgesetz vom 08. August 2018, Nr. 6 eingeführte Änderungen, Art. 268, Art. 269.

⁸ In Gemeinden unter 5.000 Einwohnern ist die Vergabe einer Vorzugsstimme möglich. Testo Unico Enti Locali, D.Lgs. n. 267/2000 aggiornato alle modifiche apportate dal D.L. n. 104/2020 convertito con modificazioni dalla L. n. 126/2020, art. 71, art. 73.

Eine Gleichberechtigung der Geschlechter ist jedoch beim Zugang zum Gemeindevorstand vorgesehen. Das Regionalgesetz besagt, dass der Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts mindestens im Verhältnis zu seiner Stärke im Gemeinderat garantiert werden muss⁹.

Ist diese Regelung aber ausreichend? Muss bzw. sollte das Land Südtirol die Gesetze zur Chancengleichheit nachbessern? Die zurzeit gültigen Gleichstellungsmaßnahmen wirken sich zwar auf das politische Angebot und die Zusammensetzung der Gemeindeorgane aus, jedoch nicht so stark, dass von Parität gesprochen werden kann. Um eine solche zu erreichen, werden die Quotenregelungen alleine nicht ausreichen. Wohl eher bedarf es eines übergreifenderen und umfassenderen Ansatzes.

⁹ Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz vom 03. Mai 2018, Nr. 2 durch das Regionalgesetz vom 08. August 2018, Nr. 6 eingeführte Änderungen, Art. 55.



Welche Motivation Politikerinnen für den Einstieg in die Gemeindepolitik haben und welche Hürden sie sehen

Wer sind die heutigen Gemeindepolitikerinnen? Was motiviert sie, sich in der Politik zu engagieren? Was hingegen erschwert Frauen den Einstieg in die Kommunalpolitik? Dazu hat es eine Onlinebefragung unter amtierenden Gemeindepolitikerinnen in Südtirol gegeben¹⁰.

Demnach sind die Gemeindepolitikerinnen von heute ausgesprochen berufs- und lebenserfahrene Frauen. Sie sind meistens zwischen 45 und 54 Jahre alt und gehören zu 90 Prozent der deutschen Sprachgruppe an; dies hat hauptsächlich damit zu tun, dass sich die italienischsprachige Bevölkerung Südtirols auf einige wenige Großgemeinden konzentriert. Dazu haben die Kommunalpolitikerinnen einen hohen Bildungsgrad: 44 Prozent besitzen einen Universitäts- oder Hochschulabschluss und weitere 29 Prozent die Matura.

Viele von ihnen haben Familien mit Kindern, zumeist sind diese jünger als 16 Jahre. Fünf von sechs Politikerinnen sind erwerbstätig, beachtliche zwei Drittel in Vollzeit und fast ein Viertel

¹⁰ Der gesamte Abschnitt basiert auf einer Befragung von aktiven Mandatarinnen auf Gemeindeebene in Südtirol (Stichtag 15.06.2017); Details in: Hermann Atz, Josef Bernhart, Kurt Promberger (2019). *Wie weiblich ist die Gemeindepolitik? Der mühevolle Weg der Frauen ins Rathaus*, Athesia Verlag, Bozen, S. 83ff.

als Selbstständige. Zu all dem investieren mehr als 50 Prozent der Mandatarinnen bis zu zehn Stunden und 25 Prozent bis zu 20 Stunden pro Woche in ihre politische Tätigkeit. Darüber hinaus ist der Großteil von ihnen (60 Prozent) Mitglied in mindestens einem Verein oder einer anderen gemeinnützigen Organisation. Fast 40 Prozent haben in diesen Institutionen sogar eine Funktion inne. Drei Viertel der Mandatarinnen sind auch Mitglied einer politischen Partei; die Hälfte davon bekleidet zudem ein Parteiamt.

Bei diesem Ausmaß an Pflichten, Aufgaben und Engagement ist es wenig verwunderlich, dass die Amtszeiten der Kommunalpolitikerinnen tendenziell kurz sind: Die Hälfte sind „Neulinge“ – üben ihr Mandat in der ersten Amtsperiode aus, nur ein gutes Viertel ist in der zweiten Amtsperiode und ein weiteres Viertel darüber hinaus. Dies weist auf ein relativ hohes Turnover hin, eine hohe Fluktuation. Diese erschwert die Zunahme des Frauenanteils in den Gemeindegremien deutlich. Doch was sind die Gründe dafür? Mit welchen Barrieren, Hindernissen und Belastungen haben Frauen zu kämpfen?

Ein beachtlicher Teil der Mandatarinnen gab bei der Befragung an, davon überzeugt zu sein, dass es für Frauen entschieden schwieriger ist, ein politisches Amt zu erringen als für Männer. Dafür gibt es den Befragten zufolge viele Gründe:



- die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die Gesellschaft, die Frauen weniger zutraut,
- die Politik als Männerdomäne mit den männlich geprägten Umgangsformen und Organisationskulturen,
- die traditionellen Rollenbilder,
- das Wahlverhalten von Frauen und Männern,
- die fehlende Unterstützung in den Parteien und im persönlichen Umfeld,
- das mangelnde Selbstvertrauen und Interesse an politischen Ämtern der Frauen.

Diese Barrieren treffen nicht auf alle Frauen in gleichem Maße zu. Die Angabe „mangelndes Selbstvertrauen“ muss zudem näher beleuchtet werden: Einerseits gaben mehr als 50 Prozent der Gemeindepolitikerinnen an, nicht aus Eigeninitiative kandidiert zu haben, sondern durch Überzeugungsarbeit Dritter. Andererseits bestätigen drei Viertel, reichlich Selbstbewusstsein zu haben.

Auch andere „weiche“ Faktoren, so die Mandatarinnen in der Umfrage, hätten für sie selbst keine großen Probleme dargestellt, wie zum Beispiel mangelndes Verständnis im Freundeskreis oder fehlende Unterstützung durch den Partner. Wesentlich häufiger wären aber die Berufstätigkeit, die Haushaltsführung, die Kinderbetreuung und die ehrenamtlichen Verpflichtungen beträchtli-

che Hindernisse. Somit wird einmal mehr die Mehrfachbelastung der Frau durch Familie, Haushalt, Beruf und Ehrenamt deutlich.

Doch damit nicht genug. Die politische Tätigkeit selbst wird des Öfteren ebenso als sehr belastend empfunden. Der hohe Zeitaufwand, die Bürokratie, die mangelnde Wertschätzung mancher Mitbürgerinnen und -bürger, die nicht ernst genommene Mitsprache sowie die Machtspiele der männlichen Politiker seien kräftezehrend, erklärten Befragte.

Nichtdestotrotz lassen sich die engagierten Frauen nicht unterkriegen und vertreten ihr politisches Amt mit Herz und Seele. Die politische Tätigkeit in der Gemeinde wird von den Mandatarinnen vorwiegend als positiv erlebt. Dies vor allem dann, wenn die Arbeit in den Gremien gut funktioniert, und die Politikerinnen den Eindruck haben, wichtige Entscheidungen beeinflussen zu können. Auch das Ansehen in der Öffentlichkeit und der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sind wichtig für ihre Zufriedenheit.

Besonders gut gefällt den Mandatarinnen an ihrer Arbeit in der Gemeindepolitik:



- Meinungen, Ideen und Ansichten einzubringen,
- sich um Gemeinde sowie Bürgerinnen und Bürger zu kümmern,
- in Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern zu treten,
- besser informiert zu sein, über das Gemeindegeschehen Bescheid zu wissen und sich weiterbilden zu können,
- der Kontakt mit anderen Kommunalpolitikerinnen und -politikern,
- die Herausforderung und die Verantwortung.

Trotz der recht hohen Zufriedenheit und des Engagements der Frauen entschließt sich jedoch nur ein Drittel der Politikerinnen, für eine weitere Legislatur zu kandidieren. Ein knappes Viertel hielt das zum Zeitpunkt der Befragung für unwahrscheinlich, ein weiteres Viertel für fast ausgeschlossen. Offenbar überwiegen die Belastungen den Freuden, was den häufigen Wechsel der Mandatarinnen und den damit zusammenhängenden erschwerten Anstieg des Frauenanteils in den Gemeindegremien erklärt.

In diesem Sinne sollte eine Quotenregelung ein willkommenes Mittel sein, die Teilhabe des weiblichen Geschlechts in der Politik zu fördern. Die Auffassungen der Mandatarinnen aber sind diesbezüglich sehr geteilt. 44 Prozent befürworten eine Quote, ein Drittel sieht sowohl Vorteile als auch Nachteile und ein Viertel ist schlichtweg dagegen. Kritikerinnen meinen, wer will schon eine Quotenfrau sein? Die Kompetenz muss ausschlaggebend sein und nicht das Geschlecht!

Als nötiges Hilfsmittel gilt die Quote hingegen bei den Befürworterinnen: Sie diene als „Krücke“ damit sich Frau beweisen und etablieren kann, nicht nur bei der Allgemeinheit, sondern genauso bei den Kollegen und den Parteien. Denn auch im 21. Jahrhundert kämpfen Frauen nach wie vor gegen Rollenklischees an und müssen ihre Fähigkeiten erst demonstrieren und belegen.

Doch haben Frauen andere Begabungen und Eigenschaften als Männer? Machen Frauen eine andere Art von Politik? Und falls ja, wie sieht die weibliche Politik denn aus? Knapp 80 Prozent der Mandatarinnen sagen „ja“ und behaupten, die Politik der Frau sei sozialer, zwischenmenschlicher und einfühlsamer, korrekter, genauer, sachlicher, kommunikativer und teamfähiger. Als typisch männlich gilt indes das ausgeprägte Machtbewusstsein.



Wie die Wählerinnen und Wähler ticken

Welchen Eindruck haben die Südtiroler Wählerinnen und Wähler von den Mandatarinnen auf Gemeindeebene? Welche Faktoren beeinflussen die Wählenden? Gibt es Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Frauen und Männern? Und: Wie interessiert sind die Südtirolerinnen und Südtiroler überhaupt an der Politik?

Einer Umfrage¹¹ zufolge informieren sich Wählerinnen und Wähler zwar fleißig und auch täglich über Fernsehen, Radio, Zeitung oder soziale Medien über Politik, doch mit Bekannten oder Freundinnen und Freunden wird schon weniger häufig darüber gesprochen. An politischen Versammlungen wird sehr selten teilgenommen. Dabei sind Frauen und Männer gleichermaßen interessiert bzw. uninteressiert. Wohl aber gibt es Unterschiede bei Alter und Bildungsgrad: Mit steigendem Alter und höherer Bildung wächst das Interesse an der Politik.

Bezüglich Gleichstellung der Geschlechter scheinen die Südtirolerinnen und Südtiroler recht aufgeschlossen zu sein: Sowohl die Unterstützung des unterrepräsentierten Geschlechts als auch das politische Engagement für die Gleichstellung gelten als wichtig. Die Frauenpolitik (Maßnahmen gegen die Benachteiligung von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen) ist laut Wählerschaft ebenso bedeutsam. Aktiv setzen sich Wählerinnen und Wähler aber wenig für die Chancengleichheit ein, wobei sich Frauen etwas stärker dafür engagieren.

¹¹ Der gesamte Abschnitt basiert auf einer Wählerinnen- und Wählerumfrage (Oktober - November 2020) nach den Gemeindewahlen; (Details dazu in der noch nicht veröffentlichten Folgestudie der Eurac Research zum Thema „Frauen in der Gemeindepolitik“).

Alles in allem bewerten die Südtirolerinnen und Südtiroler die aktuelle weibliche Präsenz in den verschiedenen politischen Gremien sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene mit der Schulnote „genügend“. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass viele den Frauenanteil in den genannten Gremien gar nicht so genau kennen.

Interessant und überraschend ist, dass es bezüglich Zufriedenheit keinen relevanten Unterschied zwischen Frau und Mann gibt. Wohl aber sind Bürgerinnen und Bürger aus Stadtgemeinden, Personen mit höherem Bildungsgrad und Mitglieder der italienische Sprachgruppe diesbezüglich unzufriedener.

Als Folge ergibt sich, dass der größte Teil der Wählenden für eine stärkere Präsenz von Frauen in den politischen Gremien ist: 25 Prozent wünschen sich eine starke Zunahme derselben, 40 Prozent eine moderate, und ca. 30 Prozent meinen, es sollte in etwa gleich bleiben. Männer sind eher für die Beibehaltung der Ist-Situation; Frauen sprechen sich häufiger für eine deutliche Anhebung aus. Ebenso sind Universitätsabsolventinnen und -absolventen sowie italienischsprachige Befragte für einen deutlichen Anstieg des Frauenanteils.

Und welches Rollenverständnis haben die Wählerinnen und Wähler innerhalb der Familie? Tatsächlich werden Familienmodelle mit Gleichberechtigung von Mann und Frau auch von einer großen Mehrheit in Südtirol befürwortet: Demzufolge sollten beide Partner erwerbstätig sein und sich die Arbeit in der Familie und im Haushalt zu gleichen Teilen aufteilen. Andererseits wird von immerhin 40 Prozent der Südtiroler Wählerschaft ein eher traditionelleres Rollenmodell gutgeheißen. Will heißen: Auch wenn beide Eltern erwerbstätig seien, sei es besser, wenn die Verantwortung für den Haushalt und die Kinder hauptsächlich bei der Frau liege.

Mit dieser Meinung schließt sich der Kreis zu gesellschaftlich verankerten Rollenklischees und der daraus hervorgehenden Mehrfachbelastung der Frau. Wie zu erwarten, lehnen Frauen aber diese althergebrachten Rollenmodelle stärker ab, und befürworten viel eher die gleichberechtigten Modelle – ebenso wie dies jüngere Menschen, Personen mit höherem Bildungsniveau sowie Italienischsprachige tun.

Die allermeisten Südtirolerinnen und Südtiroler erkennen auch an, dass es Frauen in der Politik schwerer haben als Männer. Davon sind die Mitbürgerinnen und Mitbürger sogar überzeugter als die Politikerinnen selbst. Männer schätzen die Schwierigkeiten für beide Geschlechter öfter als gleichwertig ein, bekennen sich aber genauso deutlich zu den Problemen der Frau. Als Gründe werden sehr häufig jene genannt, die schon von den Mandatarinnen als Hindernis bezeichnet wurden¹²:

¹² siehe dazu **Seite 15**.



- die Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt,
- die traditionellen Rollenbilder,
- die Gesellschaft, die Frauen nichts zutraut,
- die Männerseilschaften und der Chauvinismus in der Politik,
- der Druck, die Kompetenzen und die Leistungsfähigkeit stets beweisen zu müssen,
- die fehlende Sicht- und Hörbarkeit der Frauen,
- das mangelnde Selbstvertrauen der Frauen.

Wie die Politikerinnen selbst hat auch die Wählerschaft eine geteilte Meinung, wenn es um die Quotenregelung geht. Der Umfrage zufolge sprechen sich 45 Prozent für die Quote aus, unter anderem da sie als Hilfsmittel für die Gleichberechtigung gebraucht werde. 32 Prozent sehen Vorteile und Nachteile und lediglich 18 Prozent sind dagegen, da Frauen mit einer Quotenregelung zwanghaft gesucht und zu einer Kandidatur überredet werden müssten. Bemerkenswert ist, dass sich einige Südtirolerinnen und Südtiroler sogar gegen die bestehende Regelung aussprechen, da sie eine höhere fordern, und zwar eine 50-Prozent-Quote.

Einigkeit herrscht hingegen wieder, wenn es um die Frage geht, ob Frauen eine andere Art von Politik als Männer machen. Die Mehrheit stimmt dem zu, wobei Frauen selbst noch etwas häufiger die Meinung vertreten, dass Politikerinnen anders arbeiten als Politiker.

Doch heißt anders auch besser? Die Wählerschaft beschreibt die Politikerinnen eindeutig als einfühlsamer und Männer als machtbewusster, aber Eigenschaften wie fachkundig und verantwortungsvoll wird beiden Geschlechtern gleichermaßen zugesprochen. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Politikerinnen damit genauso ein, wie sie sich selbst auch beschreiben.

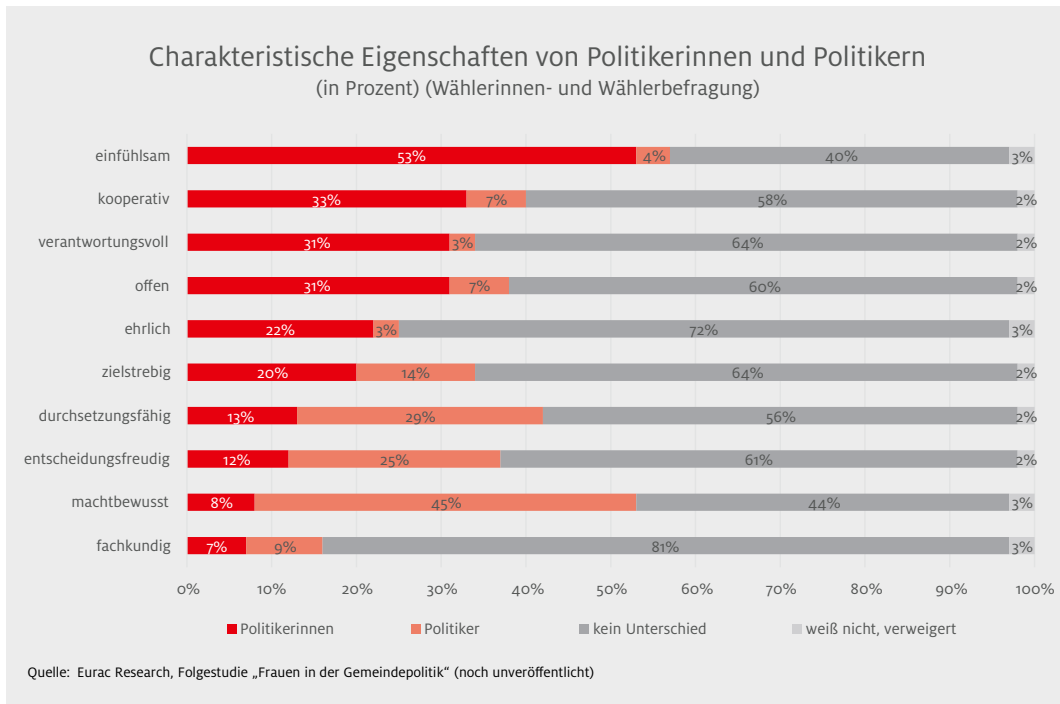


Abbildung 3: Charakteristische Eigenschaften von Politikerinnen und Politikern

Das ist äußerst erfreulich und zeugt von sehr guten Voraussetzungen für politisch engagierte Kandidatinnen. Der springende Punkt aber ist, wie sich die Wählenden schlussendlich in der Wahlkabine verhalten. Einen ersten Einblick dazu geben die Daten der Gemeindewahlen 2020 – und diese haben ziemlich deutlich gezeigt, dass Kandidatinnen geringere Wahlchancen haben als ihre männlichen Mitbewerber.

Bei genauerer Analyse der Daten wird zudem ersichtlich, dass der Unterschied in der Zahl der vergebenen Vorzugsstimmen zwischen Frauen und Männern sehr gering ist. Die Vermutung, dass Frauen weniger Vorzugsstimmen vergeben als Männer, entspricht bei den Südtiroler Wählerinnen und Wählern demnach nicht den Tatsachen. Was jedoch Fakt ist: Kandidatinnen erhalten in Summe weniger Vorzugsstimmen als Kandidaten.

Das ist zu einem guten Teil der Tatsache geschuldet, dass sich auf den Parteilisten deutlich weniger Frauen als Männer finden.

Doch von wem stammen die Stimmen für die Kandidatinnen eigentlich? Tatsächlich werden Kandidatinnen deutlich häufiger von Frauen als von Männern gewählt. Eine Wählerin hat bei den bis dato letzten Gemeindewahlen 2020 im Schnitt 1,16 Vorzugsstimmen an Frauen vergeben, Männer lediglich 0,79. Umgekehrt hat ein Wähler im Schnitt 1,59 Vorzugsstimmen an männliche Kandidaten gegeben und eine Wählerin 1,36. Dies bestätigt, dass auch Wählerinnen sich gezwungen sehen, vorzugsweise für männliche Kandidaten zu stimmen. Außerdem zeigt sich, dass Kandidatinnen vonseiten der männlichen Wähler stärker diskriminiert werden als Kandidaten vonseiten der weiblichen. Anders gesagt: Männer bevorzugen viel öfter das eigene Geschlecht, und Frauen wählen häufiger das andere Geschlecht.

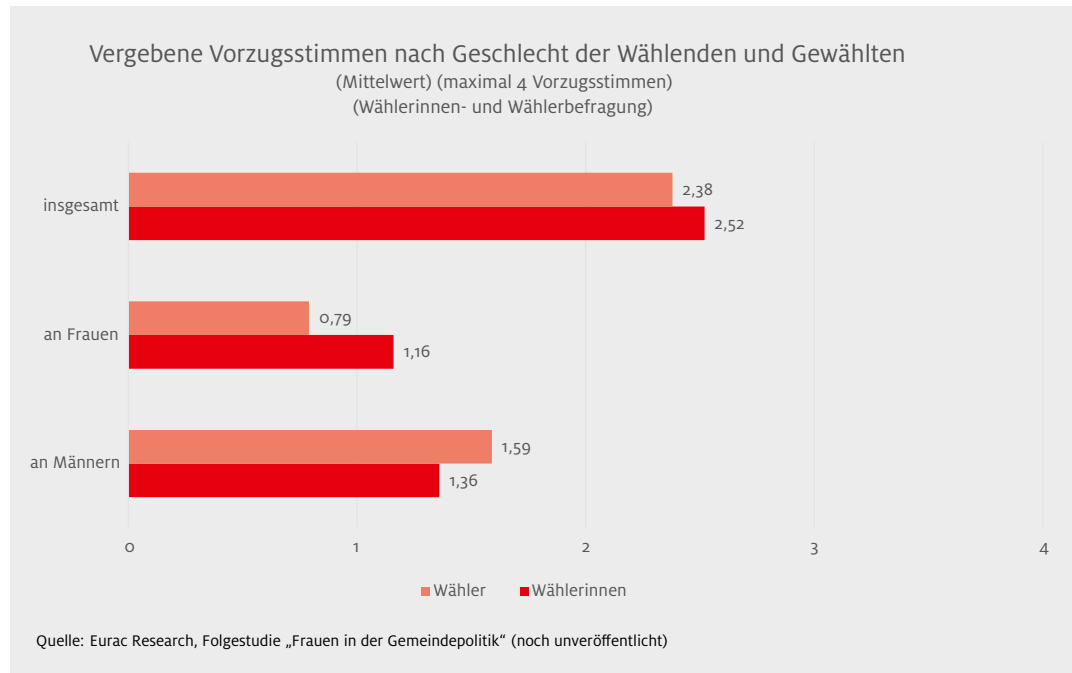


Abbildung 4: Vergebene Vorzugsstimmen nach Geschlecht der Wählenden und Gewählten

Fragt man die Wählenden, die bei den jüngsten Kommunalwahlen ausschließlich Männer gewählt haben, nach dem Grund für diese Entscheidung, lauten die Antworten: aufgrund der Bekanntheit des Kandidaten sowie der Kompetenz oder des Vertrauens diesem gegenüber. Zudem wird auf die geringe Auswahl an weiblichen Kandidatinnen verwiesen.

Erkundigt man sich, weshalb Südtirolerinnen und Südtiroler lediglich Frauen gewählt haben, wird deutlich, dass neben der Bekanntheit der Kandidatin, der Kompetenz, dem Vertrauen und der Sympathie ihr gegenüber auch der Gedanke der Förderung der Frau und die Wichtigkeit der weiblichen Präsenz in der Gemeindepolitik eine Rolle spielen.



Welche Maßnahmen die weibliche Präsenz in der Gemeindepolitik verstärken können

Welche Rückschlüsse lassen sich aus dem Status quo hinsichtlich weiblicher Präsenz in den Südtiroler Gemeinden ziehen? Welche Ansatzpunkte für Veränderungen können aus vorliegenden Fakten, Erfahrung und Kenntnissen abgeleitet werden? Was kann bzw. muss getan werden, damit der Frauenanteil in der Gemeindepolitik steigt?

Fest steht: Eine Einzelmaßnahme reicht nicht aus, um den umfassenden Herausforderungen gerecht zu werden. Vielmehr braucht es einen übergreifenden Ansatz, der sämtliche Richtungen und Aspekte berücksichtigt und inkludiert.

Dabei zeichnen sich vier Handlungsfelder ab, in denen Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge gefordert sind (wobei sich die möglichen Maßnahmen zum Teil überschneiden und/oder für mehr als ein Handlungsfeld anbieten):

- den politischen sowie vorpolitischen Raum;
- die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt;
- die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen;
- die Vernetzung der Frauen untereinander und die Medienarbeit.

Wer sonst als die politisch aktiven Frauen selbst wissen, welche Maßnahmen das Geschlechtergleichgewicht in den Gemeindegremien herstellen und die Motivation von potenziellen Nachwuchskommunalpolitikerinnen fördern können?

In zwei Workshops¹³ haben engagierte Frauen eine Reihe von Ideen ausgearbeitet, die folgend präsentiert werden.

¹³ Workshops beauftragt vom Frauenbüro und dem Landesbeirat für Chancengleichheit der Autonomen Provinz Bozen–Südtirol, durchgeführt von Eurac Research in Zusammenarbeit mit Apollis am 20.10.21 (in Präsenz) und am 27.01.22 (online).



HANDLUNGSFELD 1: MASSNAHMEN IM POLITISCHEN UND IM VORPOLITISCHEN RAUM

Das Engagement in Vereinen, Verbänden, Ortsausschüssen und anderen ehrenamtlichen Organisationen gilt vielfach als Sprungbrett für die politische Karriere der Frau. Ehrenamtliche Arbeiten sind wichtig für die Bekanntheit bei Wählerinnen und Wählern, sind aber auch Weichensteller für die Motivation für eine Kandidatur.

Eine verstärkte Zusammenarbeit und ein verstärkter Austausch zwischen Gemeindepolitik und den ehrenamtlichen Organisationen vor Ort sind darum von großer Bedeutung. Außerdem sind Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen im Gemeindekontext mehr als auf allen anderen Ebenen aufeinander angewiesen.

Die Gemeinden sind auch das Umfeld, in dem sich engagierte Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sichtweisen und Interessen einbringen. Die Politik sollte daher Ehrenämter als Quelle für Nachwuchspolitikerinnen besser nutzen und auf dieser Ebene vermehrt mit Interessentinnen in Kontakt treten.

Das kann gelingen mittels:

— **Treffen mit Vereinen**

Die Gemeinden müssen aktiv werden, die Initiative ergreifen und den Kontakt zu den Vereinen aufbauen und pflegen. Das kann durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister selbst geschehen, es können aber auch der Gemeinderat oder einzelne Personen aus dem Gemeindevausschuss mit der Aufgabe beauftragt werden.

Die Gemeinde Taufers im Münstertal beispielsweise macht das bereits: Zweimal im Jahr werden dort Vereine eingeladen. Die Treffen werden genutzt, um sich auszutauschen. Auch persönliche Verbindungen zu potenziellen Politik-Neueinsteigerinnen und -Neueinsteigern werden geschaffen. Gleichzeitig gelingt es, bei Vereinsmitgliedern das Interesse an der Kommunalpolitik zu wecken.

— **Frauenbeauftragte**

Die oder der Gemeinderatsvorsitzende übernimmt zum Beispiel die Rolle der Anwerberin/des Anwerbers und die Pflege von Kontakten und Beziehungen mit diversen örtlichen Organisationen. Denn: In den Vereinen können aktive Frauen oder weibliche Führungspersonen als Multiplikator für die Gemeindepolitik fungieren, auch wenn sie selbst nicht als Politikerinnen tätig sind. Die oder der Beauftragte übernimmt ebenso die Organisation von Veranstaltungen zur Vernetzung und zum Austausch für Frauen aus verschiedenen Vereinen, Parteien und Bereichen.

— **Frauenstammtische**

In der Gemeinde Taufers im Münstertal werden Frauenstammtische organisiert. Frauen, die in der Gemeindepolitik tätig sind oder waren, treffen sich und diskutieren über verschiedene Themen. Es bietet sich auch an, Frauen aus unterschiedlichen Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen zu solchen Stammtischen einzuladen und zu involvieren. Interessierte Frauen erhalten dadurch von den Politikerinnen einen Einblick in die politische Tätigkeit, bekommen Informationen vermittelt und sind in regelmäßigem Austausch miteinander.

— **Network-Cafés**

An organisierten Treffpunkten in informalem Raum, etwa in einem Dorfcafé, wird die Chance zum Netzwerken ergriffen. Frauen aus verschiedenen Sparten und mit unterschiedlichem Hintergrund sowie politischen Vertreterinnen wird die Möglichkeit geboten, sich über Meinungen, Ideen, aktuelle Thematiken und Herausforderungen auszutauschen. Neben der Vernetzung schaffen solche Gesprächsrunden Zusammenhalt, kollektives Wissen und Interesse.

Neben dem Netzwerken ist Wissen ein wesentlicher Faktor, um zukünftige Mandatarinnen für die Politik zu gewinnen. Das politische Ehrenamt und die Gemeindepolitik müssen als attraktiver Bereich gesellschaftlichen Engagements sichtbar gemacht und von den Bürgerinnen und Bürgern wertgeschätzt werden. Die Entwicklung eines positiven Images beginnt bereits bei der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen, weshalb Engagement auch gegenüber diesen vonnöten ist. Möglichkeiten dazu sind:

— **Schulinitiativen**

Um Kindern und Jugendlichen Einblicke in die Gemeindepolitik und deren Zuständigkeiten zu gewähren, werden unterschiedlichste Projekte und Begegnungen, beispielsweise mit dem

Gemeinderat, bereits in den Grund- und Mittelschulen initiiert. Solche Initiativen können ein Besuch im Rathaus, regelmäßige Gespräche mit Politikerinnen und Politikern oder eine Teilnahme an Gemeinderatssitzungen sein. Zugleich werden den Schülerinnen und Schülern die wichtigsten Aufgaben und Rollen der verschiedenen Gremien vermittelt. Eine Vertiefung der politischen Bildung in den Oberschulen sensibilisiert und informiert junge Menschen über Tätigkeitsbereiche und Kompetenzen der Politikerinnen und Politiker. Somit wird das Interesse an eine politische Karriere geweckt und der Politikverdrossenheit entgegengewirkt.

— **Besuche von Politikerinnen und Politikern**

Ein Besuch in der örtlichen Grund- und Mittelschule beispielsweise der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters kann Eindruck hinterlassen. Beim Treffen mit der Bürgermeisterin der Gemeinde Lüssen dürfen die Kinder etwa die Bürgermeisterkette tragen – Erlebnisse wie dieses sind für Schülerinnen und Schüler durchaus prägend und schaffen Vorbildfunktion.

— **Tag der offenen Tür**

Alljährlich sollte ein Tag der offenen Tür in den Gemeinden stattfinden. Es handelt sich dabei um einen informativen Tag, an dem Kinder und Jugendliche und alle anderen Interessierten das Rathaus besuchen und Einblicke in die Tätigkeiten der Gemeinde erhalten. Diese werden durch Gespräche, Vorträge oder spielerisch durch interaktive Darstellung vorgestellt.

— **Schülerparlament**

Mitbestimmungsgremien in den Schulen wie Schülerparlamente oder beispielsweise der Jugendbeirat in der Gemeinde Enneberg sind wertvolle Erfahrungen für Schülerinnen und Schüler. Es geht bei solchen Projekten darum, mit Kindern und Jugendlichen über gesellschaftliche, politische und aktuelle Themen in der Gemeinde zu diskutieren und deren Kontakt mit der Gemeindepolitik zu pflegen.

Um das Interesse der Frauen für das Bekleiden von politischen Ämtern zu stärken, muss mehr in eine maßgeschneiderte Fort- und Weiterbildung investiert werden. Dies kann erfolgen durch:

— **(Politikerinnen-)Lehrgänge**

Schulungen helfen Frauen, Zweifel an ihrem Können und Wissen zu revidieren und eventuelle Wissenslücken zu füllen. Learning by Doing zu Beginn einer Ratstätigkeit wird durch solche gezielte fachliche Weiterbildung deutlich weniger mühsam. Der Fokus der Lehrgänge muss auf das Fachliche (insbesondere auch rechtliche Aspekte) und die Stärkung persönlicher Kompetenzen gerichtet sein. Durch die Veranstaltung von Lehrgängen in den verschiedenen Bezirken Südtirols kann Interessentinnen aus allen Landesteilen eine Teilnahme niederschwellig ermöglicht werden.

Bildung und Wissen allein reichen aber nicht aus, um mehr Frauen zum Einstieg in die Gemeindepolitik zu bewegen. Zur Förderung der Frau im politischen und vopolitischen Raum gehört vor allem auch eine dementsprechende familienfreundliche Organisationskultur und -struktur. Dadurch wird ehrenamtliches politisches Engagement nicht nur für Frauen interessanter und vor allem zeitlich machbarer.

Wesentlich sind in diesem Zusammenhang unter anderem effiziente Strukturen und Abläufe, ergebnisorientierte Prozesse und gutes Zeitmanagement der Sitzungen (Uhrzeit der Sitzungen), die der Mehrfachbelastung der Frau entgegenkommen.

- Besonders bei **Zeitmanagement** sowie Uhrzeit gilt es anzusetzen, dauern doch Sitzungen in der Regel zwei bis drei Stunden und finden gewöhnlich am Abend statt. Diese „traditionellen“ Sitzungszeiten sind hauptsächlich für Frauen mit Kleinkindern und Kindern im Pflichtschulalter eine Herausforderung. Die Ausschusssitzungen in familienfreundlichen Gemeinden sind dagegen kurz (maximal eineinhalb Stunden) und finden beispielsweise am Nachmittag statt.

Alles in allem muss die Kommunalpolitik für mehr weibliche Präsenz bzw. Beteiligung bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf schaffen.

- Ein Beispiel dafür sind auch **Betreuungsschecks oder Betreuungsangebote** (Kinderspielraum) für Eltern, die ein politisches Amt innehaben.

Attraktiv und zeitgemäß sind die Schlagwörter, an denen sich die „weibliche“ Gemeindepolitik orientieren muss. Attraktiv und zeitgemäß sowohl für amtierende als auch für zukünftige Mandatarinnen.

Dazu muss die Gemeindepolitik als zukunftsweisender Bereich gesellschaftlichen Engagements sichtbar gemacht und von der Allgemeinheit wertgeschätzt werden. Politische Arbeit ist derzeit indessen häufig negativ behaftet und wird mit Streitereien, Zerwürfnissen und Missgunst in Verbindung gebracht.

Die positiven Aspekte des politischen Engagements können Mitbürgerinnen und Mitbürgern auf verschiedene Art und Weise aufgezeigt werden. Möglichkeiten sind zum Beispiel öffentlich und online zugängliche Gemeinderatssitzungen, eine kreativere und innovativere Gestaltung der Sitzungen, vermehrte Bürgerbeteiligungsprozesse sowie Kommunikationskampagnen.

- **Kommunikationskampagnen** schaffen insbesondere Aufmerksamkeit und erhöhen langfristig die Wertschätzung und Popularität des politischen Engagements. Dabei gilt es, nicht nur positive, erfolgreiche Ergebnisse oder nachhaltig-gewinnbringende Vorzeigeprojekte aufzuzeigen, sondern vor allem die persönliche Genugtuung des Mitwirkens, des Mitgestaltens und des Mitentscheidens zu kommunizieren. Durch aktive Mandatarinnen als Testimonials einer solchen Kommunikationskampagne wird der Politik ein vielfältiges weibliches Gesicht gegeben.

Die hier genannten Maßnahmenvorschläge sind zum Großteil relativ einfach umsetzbar. Als Akteurinnen müssen vorrangig die Gemeinden selbst agieren, sie sind die Hauptinitiatorinnen, wobei aber ehrenamtliche Organisationen, das Bildungswesen und schließlich die gesamte Gesellschaft die Gemeinden bei ihren Bemühungen unterstützen müssen. Es muss jetzt und schnell gehandelt werden, damit langfristig Veränderungen geschaffen werden und der Frauenanteil auf kommunalpolitischer Ebene nachhaltig gestärkt wird.



HANDLUNGSFELD 2: MASSNAHMEN FÜR DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE, BERUF UND EHRENAMT

Die schwierige Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt gilt bei den Gemeindepolitikerinnen als einer der Hauptgründe für die Benachteiligung von Frauen in der Politik – und ist somit auch eine der wesentlichen Ursachen für den geringen Frauenanteil in diesem Bereich.

Die moralische und praktische Unterstützung, hauptsächlich durch den Partner, aber genauso durch andere Familienangehörige, spielt für ehrenamtlich und politisch engagierte Frauen eine bedeutende Rolle. Deshalb ist das Vorleben neuer Familienmodelle nötig, in denen die Aufteilung familiärer Pflichten zwischen Frau und Mann selbstverständlich ist: gleichberechtigte Familien- und Hausarbeit, damit Frau auch genügend Flexibilität und Zeit hat, um Beruf und Ehrenamt auszuüben.

Das heißt, gleichberechtigte Lebens- und Familienmodelle müssen unterstützt, weitergetragen und gefördert werden.

- Dies ist beispielsweise durch das **Aufbrechen von Stereotypen** und das Brechen traditioneller Rollenbilder möglich. Ein sehr umfassendes und langfristiges Ziel, das von allen mitgetragen werden muss: der Familie, der Gesellschaft, der Wirtschaft, dem Bildungssystem und der Politik. Und es beinhaltet eine weite Spannweite an Maßnahmen – von Anreizen zu Vaterschaftsurlaub über Sensibilisierungskampagnen zu väterlichen Vorbildern bis zu geschlechtersensibler Erziehungs- und Bildungsarbeit und vielem mehr.

Durch eine gleichberechtigte Aufteilung der Sorge- bzw. Familienarbeit schaffen es Frauen, sich mehr Zeit für den Beruf, das Ehrenamt und die Politik zu nehmen. Frauen erlangen dadurch auch öfter Führungspositionen in Vereinen und Organisationen. Dies hat zudem eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung, denn das Bild der engagierten, selbstbewussten, erfolgreichen Frau muss sich erst noch in den Köpfen der Allgemeinheit verfestigen.

Für Familien mit Kleinkindern und Kindern im Pflichtschulalter ist besonders die Organisation der Kinderbetreuung eine Herausforderung. Bedarfsgerechte Infrastrukturen sind dabei unabdingbar, vor allem

- **flexible Betreuungsdienste.** Auch hier ist das Spektrum der Notwendigkeiten äußerst breit: flexible und verlängerte Öffnungszeiten von Kindergärten, die Einrichtung von Ganztagsschulen, das Angebot von Sommerbetreuung, verbesserte Kinderbetreuungsangebote vor allem in den Landgemeinden usw.

Zudem sind engagementfreundliche Unternehmen für die Vereinbarkeit ein zentraler Grundstein. Die Unterstützung der Arbeitgeberin und des Arbeitgebers mit Arbeitsmodellen, die zeitliche und örtliche Flexibilität ermöglichen, kann vor allem für Frauen ausschlaggebend für eine ehrenamtliche politische Aktivität sein.

Das zivilgesellschaftliche Engagement der Mitarbeitenden kommt genauso aber auch dem Unternehmen selbst zugute und bringt diesem wertvolle Vorteile. Denn ehrenamtliche und politische Tätigkeiten beeinflussen die persönliche Entwicklung eines Menschen und fördern dessen Kompetenzen. Dieser Einflussfaktor ist vielen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern jedoch nicht bewusst. Deshalb muss er sichtbar gemacht, gefördert und vor allem in der Unternehmensführung wertgeschätzt werden, damit innovative Arbeitsmodelle auch in diesem Sinne Anwendung finden. Es braucht dafür:

- **Sensibilisierungskampagnen**

Von den Gemeinden zusammen mit Verbänden und Gewerkschaften initiierte Sensibilisierungskampagnen erhöhen die Aufmerksamkeit, die Bewusstseinsbildung und letztendlich die Bereitschaft für flexible Arbeitszeitmodelle bei den Unternehmen.

- **Förderung familienfreundlicher Betriebe**

Mitarbeitende, die dank einer familienorientierten Personalpolitik den Spagat zwischen Familie und Beruf besser schaffen, sind bei der Arbeit motivierter, organisierter und effizienter. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber profitieren daher von einer familienfreundlichen Unternehmensführung und leisten zugleich einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Finanzielle Förderungen zur Unterstützung solcher Firmen, insbesondere familienfreundlicher Kleinbetriebe und zertifizierter Unternehmen, sind notwendig, um ihre Bedeutung hervorzuheben. Zertifizierungen für nachhaltige familienbewusste Personalpolitik wie das „audit familieundberuf“ müssen umfassend promotet und stärker eingebunden werden.

- **Flexible Arbeitsmodelle**

Gewerkschaften, Gesetzgebung, Verbände und Unternehmen müssen gemeinsam an flexiblen und innovativen Arbeitsmodellen feilen.

Alle Bemühungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt werden aber unbedeutender, wenn nicht die Gemeinden selbst zur Vereinbarkeit beitragen. Ganz wesentlich ist dabei, politisch interessierte Frauen zu informieren, zum Beispiel durch

— **Informationsabende**

Im Vorfeld einer Kandidatur sind ausreichende Informationen für Frauen ausgesprochen wichtig. Es geht darum, etwa über die Möglichkeiten der Freistellung am Arbeitsplatz zu informieren und Unterstützung zu geben. Der Austausch, die Wissensvermittlung und das Netzwerken erfolgen am besten über Gemeindegrenzen hinweg.

— **Coaching-Programme**

Beim Coaching geben erfahrene Politikerinnen Hinweise und Tipps an Neueinsteigerinnen oder Interessentinnen weiter. Dazu gehören auch Empfehlungen an Gemeindereferentinnen zu den Ressorts. Denn Frauen sollten nicht nur „frauentypische“ Agenden wie den Sozialbereich übernehmen, die zugleich als sehr arbeitsintensiv gelten.

Es wäre wünschenswert und vorbildhaft, wenn Frauen öfter Zuständigkeitsbereiche wie das Wirtschafts- oder das Mobilitätsressort übertragen würden. Dass dies bisher eher selten passiert, liegt häufig am Informationsdefizit von Frauen und an noch vorherrschenden Rollenstereotypen.

- Potenzielle Nachwuchspolitikerinnen in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, kann durch spezielle **Kommunikationskampagnen** gelingen. Eine solche kann darauf fokussieren, Frauen den selbst auferlegten Druck des Perfektionismus abzunehmen. Denn Politik ist für alle! Dies soll auch eine Kampagne vermitteln, die die verschiedensten Charakteristiken und Gesichter einer Politikerin widerspiegelt. Frauen sollen überzeugt werden, dass sie keineswegs einem gewissen Schema entsprechen müssen, um Politikerin zu sein bzw. zu werden.



HANDLUNGSFELD 3: MASSNAHMEN ZUR SCHAFFUNG INSTITUTIONELLER UND RECHTLICHER RAHMENBEDINGUNGEN

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Gleichstellungsmaßnahmen in der Kommunalpolitik werden für Südtirol von der Region Trentino–Südtirol erlassen. Wie bereits dargelegt, hätte die Autonome Provinz Bozen–Südtirol noch einige Möglichkeiten zur Nachbesserung und zwar hinsichtlich:

— Listenquote

Sowohl die nationale Gesetzgebung als auch das Regionalgesetz der Autonomen Region Trentino–Südtirol sieht eine Listenquote vor, bei der keines der Geschlechter mit mehr als zwei Drittel auf den Kandidatenlisten vertreten sein darf. Doch um von wirklicher Parität sprechen zu können, müsste die Quote auf 50:50 verändert werden.

Auch wenn die Region an der Zwei-Drittel-Listenquote festhält, könnte diese Regelung verbessert werden, indem sie für die tatsächlich Kandidierenden gilt und nicht für die maximal möglichen¹⁴.

— Reißverschlussprinzip

Neben Quantität spielt bei den Listenplätzen die Qualität eine wesentliche Rolle. Das Reißverschlussprinzip könnte einen wichtigen Beitrag leisten, dass Frauen gute bzw. bessere Positio-

¹⁴ Siehe dazu Listenquote auf S. 11.

nen auf den Wahllisten erhalten und so sichtbarer werden. Das heißt, Frauen und Männer bzw. Kandidatinnen und Kandidaten müssen sich auf den Listen in der Reihung abwechseln. Diese Regelung wäre aber nur bei einer effektiven 50:50-Listenquote möglich.

— „Geschlechtergerechte doppelte Vorzugsstimme“

Die nationale Gesetzgebung Italiens spricht von der „geschlechtergerechten doppelten Vorzugsstimme“. Das bedeutet, dass eine Vorzugsstimme an das männliche und eine an das weibliche Geschlecht gehen muss. Auch in Südtirol wäre eine doppelte Vorzugsstimme in diesem Sinne hilfreich, denn Wählende in Südtirol dürfen immerhin bis zu vier Vorzugsstimmen vergeben.

Nicht nur bei den Wahlen, sondern ebenso in den Gremien selbst gibt es Möglichkeiten, Frauen verstärkt zu fördern. Hier einige Optionen:

— **Gemeindeausschuss**

Häufig ist im Gemeindeausschuss neben mehreren Männern lediglich eine Frau vertreten. Das Regionalgesetz besagt, dass der Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts mindestens im Verhältnis zu seiner Stärke im Gemeinderat garantiert werden muss¹⁵. Eine generelle Vergrößerung der Ausschüsse würde folglich mehr Plätze für Politikerinnen ermöglichen. Dies wäre für Frauen ein klarer Vorteil, da sie sich als Einzelkämpferinnen in der Männerdomäne vielfach schwertun. In einem Ausschuss mit mehreren weiblichen Mitstreiterinnen (unabhängig von deren Parteizugehörigkeit) sind Frauen besser in der Lage, sich zu behaupten, sich gegen Männerseilschaften durchzusetzen und die Belange der Frauen einzubringen. Mindestens zwei weibliche Vertreterinnen im Gemeindeausschuss zu haben, wäre bereits eine gute Ausgangslage.

— **Stellvertreterquote**

Wie bei der Regelung die Sprachgruppe betreffend¹⁶ sollte es auch eine Stellvertreterquote für die Position der Vizebürgermeisterin oder des Vizebürgermeisters geben. Bei einem männlichen Bürgermeister müsste demzufolge eine Frau das Amt als Vize einnehmen – und umgekehrt.

Alle rechtlich-institutionellen Maßnahmen laufen jedoch ins Leere, wenn sie nicht mit einer gesellschaftlichen Einstellungsänderung einhergehen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei die Kultur innerhalb der Parteien. Auch dort braucht es Quoten.

¹⁵ Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz vom 03. Mai 2018, Nr. 2 durch das Regionalgesetz vom 08. August 2018, Nr. 6 eingeführte Änderungen, Art. 55.

¹⁶ Kodex der örtlichen Körperschaften der Autonomen Region Trentino-Südtirol, Regionalgesetz vom 03. Mai 2018, Nr. 2 durch das Regionalgesetz vom 08. August 2018, Nr. 6 eingeführte Änderungen, Art. 54.

In kleineren Gemeinden könnten Einheitslisten einen Beitrag leisten, dass sich mehr Frauen für Wahlen aufstellen lassen. Frauen folgen weniger parteipolitischen Strategien. In der Politik steht für sie vielmehr das Gemeinwohl im Vordergrund.

- Der politische Einstieg fällt auch dann leichter, wenn es Vorbilder gibt. Diesbezüglich können **Mentoringprogramme** helfen. Denn vielfach ist die Realität: Frau muss unter anderem erst lernen, wie politisch tätige Männer und ihre Seilschaften „ticken“ und wie Frau am besten damit umgeht. Viele männliche Politiker würden Frauen bzw. Frauen in der Politik auch gerne ignorieren. Austausch und Vernetzung mit langjährig politisch engagierten Frauen ist diesbezüglich vor allem für Neueinsteigerinnen hilfreich, da Mentorinnen ihre wertvollen Erfahrungen und Einblicke weitergeben können. Die Gemeinde Tschermers beispielsweise bietet bereits erfolgreich Mentoringprogramme an.

Und noch eine sehr wichtige Bemerkung: Frauen sollten Männer in die Gleichstellungsfrage einbeziehen. Die Erhöhung der Frauenquote muss schließlich auch aus männlicher Sicht ein wichtiges Ziel werden und darf nicht allein auf den Schultern der Frauen lasten. Glücklicherweise gibt es – mittlerweile – viele Männer, die dafür offen sind.



HANDLUNGSFELD 4: MASSNAHMEN ZUR VERNETZUNG DER FRAUEN UNTEREINANDER UND MEDIENARBEIT

Vernetzung ist für die Informations- und Wissensvermittlung enorm wichtig. Vor allem für Neueinsteigerinnen in die Gemeindepolitik ist sie bedeutend, um Selbstsicherheit aufzubauen bzw. diese zu stärken. Neopolitikerinnen wünschen sich oft mehr Unterstützung und Austausch, da dies viel zur persönlichen Ermutigung beiträgt. Ein breites Netzwerk stärkt aber genauso erfahrenen Mandatarinnen den Rücken.

Innerparteiliche sowie partei- und organisationsübergreifende Vernetzung ermöglicht ein gemeinsames Eintreten für bestimmte Belange und Ziele. Die Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen und Veränderungen zu bewirken, sind mit vereinten Kräften bekanntlich viel höher als alleine. Für die Bildung weiblicher Netzwerke bieten sich an:

— Netzwerk-Treffpunkte

Grundsätzlich soll die Möglichkeit einer breiten Netzwerkbildung mit regelmäßigem persönlichem Austausch angedacht werden. Ein Lehrgang für Politikerinnen etwa wäre hilfreich, um ein Netzwerk zu initiieren. Neben den Modulen, die die fachlichen Kompetenzen der Politikerinnen stärken, bietet er Teilnehmerinnen die Möglichkeit, sich nach Abschluss des Lehrgangs weiterhin bei regelmäßigen Treffen in persönlicher oder virtueller Form auszutauschen.

Zudem sollen verschiedenste Veranstaltungen, die an die Zielgruppe gerichtet sind, für die Netzwerkarbeit genutzt werden.

— Patenschaften

Bei Patenschaften werden Neueinsteigerinnen von erfahrenen Politikerinnen begleitet und unterstützt. Sie bieten „Neulingen“ die Möglichkeit, mit bereits länger amtierenden Frauen individuell über konkrete Fragen und Themen zu sprechen. Denn meist kämpfen Newcomerinnen mit denselben Problematiken und Herausforderungen wie schon ihre Patinnen vor ihnen, beispielsweise das Problem von fehlender Wertschätzung. Ein enges vertrauensvolles Verhältnis zu einer Amtskollegin ist bei persönlichen Anliegen dieser Art sehr wertvoll.

Ein starker Zusammenhalt ist grundsätzlich vonnöten, um Einfluss zu erwirken. Denn Gleichstellungsthemen und frauenrelevante Problematiken werden erfahrungsgemäß schnell untergraben oder erst gar nicht aufgeworfen, wenn keine starke Lobby diese vorbringt und verteidigt. Es geht deshalb auch darum, sich Gehör zu verschaffen. Grundlegend ist dafür die Öffentlichkeitsarbeit. Ohne diese gelingt der Imagewandel und die Anerkennung von Frauenthemen in der Gesellschaft nicht.

Doch wie können Gemeindepolitikerinnen und ihre Belange in den Fokus gestellt werden? Großen Einfluss auf das gesellschaftliche Denken und das Bild der Frau haben die Medien. Klassische Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen sind mitverantwortlich, in welcher Rolle die Frau der breiten Bevölkerung und somit auch den Wählerinnen und Wählern präsentiert wird. Aber es geht nicht nur darum, „wie“ Frauen in den Medien dargestellt werden, sondern es spielt auch das „Wie oft“ eine wichtige Rolle. Eine positive Darlegung und häufige Präsenz auch in männertypischen Kompetenzbereichen schaffen Sichtbarkeit und Wertschätzung.

Fakt ist, dass Frauen medial noch immer häufig in Rollenstereotypen wie Model, Mutter oder „Frau von“ dargestellt werden. Frauen in Verbindung mit Politik und Wirtschaft sind stark unterrepräsentiert. Außerdem werden sie seltener für Interviews zu Fachthematiken angesprochen. Sie agieren eher im Hintergrund und sind deshalb weniger sichtbar. Wenn gefragt, lehnen Frauen überdies Interviews aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden Expertise eher ab.

Um die mediale Präsenz von Frauen zu fördern, bieten sich verschiedene Maßnahmen an, unter anderem:

— PR- und Medientraining

Medienschulungen sollen Politikerinnen, vor allem Neueinsteigerinnen, Sicherheit im Umgang mit Journalistinnen und Journalisten geben. Die Trainees erhalten zum Beispiel die Möglichkeit, ihren eigenen Auftritt vor der Kamera zu üben und vom Feedback der Expertin, des Experten zu profitieren.

— Social-Media-Kurs für Politikerinnen

Präsenz und Sichtbarkeit ist nicht nur in den traditionellen Medien, sondern ebenso in den Social-Media-Kanälen unerlässlich. Doch die aktive Nutzung und richtige Kommunikation will auch hier gelernt sein.

— Politikerinnen-Tour

Frauen müssen ihre Leistungen besser nach außen tragen, dies könnte bei einer Politikerinnen-Tour durch Südtirol gelingen. Bei einer solchen können sich regelmäßig Mandatarinnen aus verschiedenen Gemeinden vorstellen. Diese Art von kleineren Veranstaltungen schafft

zudem die Möglichkeit zum Netzwerken. Gemeinde- und Bezirkszeitungen sowie landesweite Medien unterstützen die Tour und schaffen Sichtbarkeit bei der breiten Bevölkerung. Ähnliche Aktionen hat es bereits für andere Berufsfelder gegeben, in denen Frauen noch selten vertreten sind (zum Beispiel technische Berufe).

— **Politikerinnen-Preis**

Es wäre dies eine ehrende Auszeichnung für Frauen, die sich aktiv in der Kommunalpolitik engagieren und für die Gemeinde einsetzen. Durch die Prämierung erhalten Gemeindepolitikerinnen Aufmerksamkeit; die Anerkennungskultur für das gemeindepolitische Engagement von Frauen wird gefördert. In Deutschland wird beispielsweise der Helene-Weber-Preis an Nachwuchspolitikerinnen verliehen, die ein kommunales Mandat ausüben.

— **Geschlechtergerechte Sprache**

Die Sichtbarkeit der Frauen kann auch durch eine geschlechtergerechte Sprache in den Medien erhöht werden. Es gibt viele Wege sich geschlechtergerecht auszudrücken: Binnen-I, Paarformen, Gendersternchen, Gender-Gap, Gender-Doppelpunkt oder Schrägstrich.

Schon kleine Handlungen haben Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wahrnehmung der Frau. Eine Frau nur mit Vornamen und einen männlichen Kollegen hingegen mit vollständigen Namen vorzustellen, trägt bereits unbewusst zur Abwertung der Frau bei.

Dabei ist jeder eine potenzielle Akteurin bzw. ein potenzieller Akteur und dazu aufgefordert, bewusster zu handeln – nur durch Veränderungen im alltäglichen Verhalten kann ein Wandel in der noch immer zu „männlichen“ Kultur gelingen. Denn: Das Kleine bestimmt das Große!

Statements



„Dass die Politik den Blick und die Tatkraft der Frauen braucht, wissen wir längst. Manchmal denke ich auch, dass wir vielleicht öfter erzählen sollten, wie schön es ist, Politik zu machen. Für mich selbst ist es jeden Tag eine Ehre, über die Stufen des Landtags zu gehen. Als ich noch Gemeinderätin in Bozen war, berührte ich vor jeder Sitzung eine steinerne Muschel im Treppenhaus, dankbar und stolz, Volksvertreterin sein zu dürfen. Politik ist eine Kunst, die wir lernen können. Sie macht uns stark und weise. Frauen, lasst uns gemeinsam die Welt gestalten!“

Brigitte Foppa

Fraktionssprecherin der Grünen im Südtiroler Landtag



„Um den Schritt in die Politik zu wagen, benötigen Frauen vor allem Vertrauen – Vertrauen in sich selbst und die eigenen Fähigkeiten, Schaffensfreude, Wissbegierde sowie das Angebot zur Zusammenarbeit und Unterstützung durch ein tragendes Netzwerk.“

Carmen Plaseller

Bürgermeisterin der Gemeinde Lüssen



„FRAUEN VORAN!‘ Ich denke, wenn Frauen als die tragenden Säulen der Familien sowie der Betreuungs- und Pflegeberufe anerkannt werden, müssen ihre Kompetenzen und Fähigkeiten auch dafür gelten, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern. Der Gesetzgeber muss die Präsenz von Frauen auf den Listen vorschreiben, so wie es auch für die Verwaltungsräte der Unternehmen, für die Wettbewerbskommissionen und für die örtlichen Höfekommission in unserer Provinz vorgesehen ist – Dank des Engagements der Frauenbewegung, der Frauen in den Institutionen, der Gremien und der Kommissionen für Chancengleichheit. Aber Gesetze reichen nicht aus. Wir müssen Frauen wählen, den gewählten Frauen vertrauen und sie unterstützen. Im Allgemeinen arbeiten wir gerne im Team, teilen, so sehr, dass es ein italienisches Sprichwort gibt, das übersetzt so viel heißt wie ‚Mann alleine am Kommando‘. Es gibt aber nicht ‚Frau alleine am Kommando‘. Mir aber gefällt ‚Vereint macht stark‘.“

Luisa Gnechi

Ehem. Landesrätin der Autonomen Provinz Bozen–Südtirol
und Landeshauptmann-Stellvertreterin sowie
ehem. Abgeordnete im italienischen Parlament



„Eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik ist eine der wichtigsten Prioritäten, um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in den politischen Gremien der Gemeinden zu gewährleisten. Sie ist eine notwendige Voraussetzung, um einen kulturellen Wandel in der Welt der Politik zu begünstigen und sie ist eine neue Vision mit einer besonderen Sensibilität. Um die Beteiligung der Frauen zu fördern, ist ein weibliches Empowerment erforderlich und die Aufwertung und Weiterentwicklung positiver Modelle notwendig, die bereits Veränderungen bewirken konnten. Grundlegend ist auch eine bessere Vereinbarkeit der Politik mit Familie und Beruf.“

Chiara Rabini

Stadträtin und Vorsitzende der Ratskommission für Chancengleichheit der Gemeinde Bozen



„Trauen wir uns Frauen in der Politik zu wenig zu?

Wenn wir uns mit der politischen Repräsentanz von Frauen in der Gemeinde beschäftigen, muss man sagen, dass in den vergangenen 10-15 Jahren der Frauenanteil zugenommen hat. Das mag unter anderem wohl auch an die Quotenregelung liegen, aber nicht nur. Trotzdem sind wir von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Frauen und Männer immer noch weit entfernt. Dabei bin ich ganz fest überzeugt, dass gemischte Gremien die besten Entscheidungen treffen und die besten Ergebnisse erreichen. Wir Frauen haben, durch unseren Lebensalltag, oft andere Ideen und Problemstellungen als Männer und das ergänzt sich in der Politik sehr gut.

Es gibt nicht nur einen einzigen Grund für die immer noch zu niedrige Präsenz von Frauen in politischen Institutionen, sondern es geht vielmehr darum, eine Reihe von Hindernissen zu überwinden. Erstens sind die Frauen selbst möglicherweise nicht bereit oder nicht daran interessiert, in den politischen Wettbewerb einzutreten, auch vielleicht weil sie wenig role models haben, zu denen sie aufschauen können. Zweitens ist es objektiv schwierig, auf dem Laufenden zu bleiben und Beruf, Familie und Politik zu vereinbaren. Nicht zuletzt trauen sich Frauen in der Politik oft zu wenig zu.

In dieser Hinsicht werden Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau zu einem unverzichtbaren Instrument, sowohl auf individueller Ebene als auch in der gesellschaftlichen Dynamik, um den Frauen Vertrauen, Sicherheit und vor allem das Bewusstsein für ihre eigenen Ressourcen zu vermitteln.

Persönlich bin ich bereits in meiner dritten Legislaturperiode, zweimal Gemeindereferentin und zur Zeit auch Stellvertretung des Bürgermeisters, und jedes Mal die einzige Frau im Ausschuss. Meine Erfahrung war bisher sehr positiv. Ich möchte den Frauen vermitteln, dass es mit Vorbereitung und guten und überzeugenden Argumenten gar nicht so schwierig ist, in einer Männergruppe zu arbeiten, im Gegenteil.“

Elisabeth Frenner Suani

Vizebürgermeisterin der Gemeinde Enneberg



„Ich kann aus meiner Erfahrung heraus nur alle Frauen dazu ermutigen, sich politisch zu engagieren. Nur wenn wir mitdenken, mitarbeiten und mitentscheiden, können wir unseren Einfluss geltend machen und die politischen Zielrichtungen lenken. Es kann manchmal anstrengend sein, aber auch sehr spannend. Und die Freude über Erreichtes bringt dann wieder neue Energie und neue Motivation. Also, liebe Frauen, wagt den Schritt und macht mit. Es lohnt sich – für euch, für uns und für die ganze Gesellschaft!“

Maria Gasser Fink

Ehem. Bürgermeisterin der Gemeinde Klausen



„Mutige Frauen haben vor etwa einem Jahrhundert das Frauenwahlrecht erkämpft, Totalitarismen machten dann vieles zunichte bis nach 1945 zaghaft, dann zunehmend die Präsenz der Frauen verstärkt wurde. Dies auch dank engagierter Frauen, die Quoten durchsetzen konnten. Damit wurden die Voraussetzungen für den gerechten Vertretungsanspruch, für die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vielfalt geschaffen. Damit dies auch gefestigte Realität ist, muss die Chance von vier Vorzugsstimmen – die wir bei den meisten Wahlen haben – genutzt werden und somit darf man nicht bei den meist nicht einmal zwei hängen bleiben!“

Martha Stocker

Ehem. Landesrätin der Autonomen Provinz Bozen–Südtirol

sowie ehem. Assessorin und Vizepräsidentin der Regionalregierung Trentino–Südtirol

Eurac Research

Institut für Public Management
Drususallee 1
39100 Bozen

T +39 0471 055 400
public.management@eurac.edu

www.eurac.edu